



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das erste Gespräch des Prinzen Wilhelm über ein Ende der Kanzlerschaft
Bismarcks.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Grenzboten

Politik, Literatur und Kunst

81. Jahrgang, 24. Juni 1922

Nummer 24

Das erste Gespräch des Prinzen Wilhelm über ein Ende der Kanzlerschaft Bismarcks.

Von Paul Haake.

Noch lebt, 88½ Jahre alt, einer der Getreuesten der Getreuen des Fürsten Bismarck, der ehemalige preußische Finanzminister Adolf von Scholz, der im Sommer 1890 bald nach der Entlassung des Kanzlers wegen eines Augenleidens auch seinen Abschied nahm. Er hat im vergangenen Winter auf Drängen seines Sohnes seine Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck zu Papier gebracht. Das ungemein anziehende Buch ist vor kurzem im Cottaschen Verlage erschienen. Eine der fesselndsten Unterredungen, über die es berichtet, ist die mit dem Prinzen Wilhelm über einen Abschluß der amtlichen Tätigkeit Bismarcks gegen Ausgang des Jahres 1887.

Am 17. Oktober 1887 besuchte Scholz den Fürsten in Friedrichsruh. Das Gespräch kam auf die Möglichkeit eines baldigen Todes Wilhelms I. und des Kronprinzen. Man war sich einig, daß der Enkel des Kaisers, der dann zur Regierung berufen sein würde, nicht ohne beste Vorbereitung bleiben dürfe; er müsse mindestens noch durch eine mehrmonatliche Mitarbeit im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten für diese und dann im Finanzministerium an der Hand des Stats für das Innere vorbereitet werden. Scholz sagt: „So geschah's auch, und gegen den Herbst des Jahres nahm Prinz Wilhelm nach beendeter Mitarbeit im auswärtigen Ministerium die ihm noch obliegende im Finanzministerium auf. Es wurde ihm da nach den näheren Angaben seines Adjutanten ein passendes Zimmer eingerichtet und Art und Weise seiner Mitarbeit nach Zeit und Mitteln mit ihm selbst vereinbart. Demgemäß kam er in der Woche mehrere Male von Potsdam, wo er noch weiter als aktiver Offizier im Gardehusarenregiment Dienst tat, nach Berlin und beehrte nun das Finanzministerium, teilnehmend an den Sitzungen und an Arbeiten einzelner Räte, alles nach sorgfältiger Beratung und Vereinbarung, so daß die Aufgabe, wie mir schien, nach beiden Seiten eine liebe und willkommene war.“

Nur ein peinliches Ereignis aus dieser Zeit ist Herrn von Scholz im Gedächtnis haften geblieben; er berichtet darüber folgendes:

„An einem Vormittage, wo der Prinz zu erwarten war, brachte mir der sehr ruhige und achtbare Bureauchef mit neuen Eingängen zugleich die Meldung, daß ein eben aus der Wilhelmstraße zurückgekehrter Bote ihm berichtet habe, Fürst Bismarck sei gestorben. Ich erschrak gar nicht, weil ich es gar nicht glaubte, befahl aber doch, daß ein ganz zuverlässiger verständiger Mann hingeschickt werde, um ganz sichere Auskunft zu erhalten.

Ehe der Bote zurückkam, traf der Prinz, von Potsdam zu Pferde kommend, ein und hörte natürlich von mir dasselbe, was ich gehört hatte, mit demselben Unglauben und dem Hinzufügen, daß er eben vom Potsdamer Thor her an dem Hause des Reichskanzlers vorbeigeritten sei und niemanden dort stehen gesehen, geschweige einen Auflauf getroffen habe, der doch gewiß nicht gefehlt hätte, hätte das Gerücht irgendeinen Grund gehabt; es handele sich also wohl nur um eine Dummheit oder Böswilligkeit. Soweit waren wir also ganz miteinander einverstanden; als ich aber dem Ausdruck meiner Freude hierüber noch einige Worte hinzufügte, die zu sagen wären, wenn die Meldung Wahrheit gewesen wäre, erwiderte der Prinz, daß er das Ereignis nicht so schlimm beurteilt haben würde, wie anscheinend ich — kein Mensch sei unersetzlich, auch Fürst Bismarck nicht; es gebe doch noch andere ausgezeichnete Männer, die ihn zu ersetzen wohl instande sein würden, z. B. v. Boetticher. Ich gab hierauf Vortrefflichkeit und große Begabung meines lieben Freundes und Kollegen dem Prinzen unbedingt zu, verneinte jedoch ebenso bestimmt, daß er deshalb schon mit Bismarck auf eine Stufe zu stellen wäre; die Aufgaben, die Bismarck in schweren Zeiten auf sich genommen und glänzend erfüllt habe, würde Herr v. Boetticher schwerlich auf sich genommen und erfüllt haben; Leitung und Ueberwachung des Ganzen, wie der Fürst sie mit sicherem Blick und fester Hand als ein Großer geleistet habe, wäre nicht Boettichers Sache gewesen. „Ja“, antwortete der Prinz, „das glaube ich auch; aber das käme ihm auch gar nicht zu; das ist eben Sache des Monarchen“. Ich erstaunte über diese von dem jungen Prinzen so sicher und als selbstverständlich geäußerten Worte und beendete das Gespräch mit dem lächelnden Zugeständnis: „Ja, wenn Eure Kgl. Hoheit davon ausgehen, dann allerdings — —?“ Herr v. Scholz bemerkt: „Es erschien mir sogleich als ein bedenkliches Omen für die einst kommende Zeit“ und fährt nach einer kurzen Glossierung fort: „Auf das weitere Verhältnis des so lebenswürdigen und reich begabten Prinzen mit mir hat dieses Ereignis zunächst natürlich nicht den geringsten Einfluß gehabt und hat so auch auf ein schönes Diner, zu dem ich am 22. Oktober 1887 zur Feier des Geburtstages Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm nach dem Marmorpalais in Potsdam geladen wurde, keinen Schatten geworfen.“ Darnach mußte also das „peinliche“ Ereignis zwischen dem 17. und dem 22. Oktober stattgefunden haben; denn am 17. d. M. hatte Scholz mit Bismarck über die Einführung des mutmaßlichen Thronerben in die Regierungsgeschäfte gesprochen.

Wem steigen da nicht von vornherein starke Bedenken auf? Eine mehrmonatliche Beschäftigung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sollte vorangehen, dann erst die Einführung in den Etat folgen, und schon fünf Tage nach dem Gespräch in Friedrichsruh soll der

Minister v. Scholz Gast des Prinzen Wilhelm gewesen sein und mit ihm inzwischen eine peinliche Unterhaltung gehabt haben während seiner Mitarbeit im Finanzministerium? Das ist unmöglich. Hier muß das Gedächtnis der 88 Jahre alten Exzellenz versagt haben. Das Gerücht von Bismarcks Ableben, das den Anlaß zu dem Gespräch mit dem Prinzen gab, muß in eine spätere Zeit fallen. Nun sind 1920 aus den Tagebüchern des am 10. September 1914 gestorbenen preussischen Landwirtschaftsministers Freiherrn Lucius v. Ballhausen „Bismarck-Erinnerungen“ zusammengestellt und veröffentlicht worden; in ihnen heißt es zum 31. Dezember 1887: „Prinz Wilhelm hat gegen Finanzminister Scholz geäußert: den Fürsten Bismarck brauche man natürlich noch einige Jahre sehr dringend, später würden seine Funktionen geteilt werden, und der Monarch selbst müsse mehr davon übernehmen, worauf Scholz erwiderte: man werde den Fürsten noch recht lange brauchen und ihn nie ganz ersetzen können.“

Hat diese Unterredung erst am 30. oder 31. Dezember stattgefunden oder schon etwas früher? Können sich die Angaben der beiden Minister auf ein und dasselbe Gespräch des Herrn v. Scholz mit dem Prinzen Wilhelm beziehen oder auf zwei ähnlichen Charakters? Das erstere ist doch wohl das Wahrscheinlichere. Mit der Ausarbeitung einer Broschüre „Bismarcks Sturz“ beschäftigt, fragte ich rasch entschlossen bei Exzellenz v. Scholz an; die vom 24. Mai 1922 datierte Antwort lautete: „Euer Hochwohlgeboren bedauere ich die im Briefe vom 22. d. M. geäußerten Wünsche nicht erfüllen zu können. Von meinen Büchern und Akten entfernt, wäre ich natürlich ganz außerstande, solchen Finessen, wie die Ihnen erwünschten, nachzugehen; aber auch mit jenen würde ich schwerlich das sagen können, was Sie lesen wollen. Nur das kann ich aus meinem alten Gedächtnis heraus Ihnen schreiben, daß die in bezug genommenen Lucius'schen Mitteilungen über meine Unterhaltungen mit dem Prinzen nicht von mir herühren und meines Erinnerens auch nicht zutreffend waren; zu irgend einer Polemik darüber hätte ich und habe ich keine Lust. In der Hoffnung, daß Sie meine kurze Antwort mir nicht übel nehmen werden, grüße ich Euer Hochwohlgeboren ergebenster v. Scholz.“

Seine Exzellenz versagte, — so mußte ich andere Wege einschlagen, um mehr Klarheit zu gewinnen. Zunächst ging ich ins Finanzministerium. Herr Bureaudirektor Geheimrat Söhnel hatte die Güte, die Akten über die Tätigkeit des Prinzen Wilhelm daselbst im Jahre 1887 herauszusuchen zu lassen. Aus ihnen geht hervor, daß Kaiser Wilhelm I. am 21. November den Arbeitsplan für die Beschäftigung seines Enkels im Finanzministerium gebilligt und genehmigt hat. Drei Tage später fragte dann Herr v. Scholz beim Prinzen Wilhelm an, wann man ihn zum ersten Male im Ministerium zu erwarten habe. Am 25. November hat der Thronerbe sich darüber geäußert. Die „Vossische Zeitung“ schrieb am 26. November in ihrer Abendausgabe: „Prinz Wilhelm stattete gestern im Auswärtigen Amte und später auch noch im Finanzministerium längere Besuche ab, geleitete gegen 6 Uhr die Prinzessin von Holstein, Schwester seiner Gemahlin, nach dem Anhaltischen Bahnhof und kehrte hierauf wieder nach Potsdam zurück.“

Der 26. November war ein Sonnabend; vor dem 28. wird der Prinz im Finanzministerium gewiß nicht zu arbeiten begonnen haben; die „peinliche“ Unterredung hat noch später stattgefunden. Ich sah nun die „Vossische

Zeitung“ darauffin durch; in ihr ist in der Morgenausgabe des 29. November zu lesen: „Gerüchte über einen ungünstigen Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck, die gestern verbreitet waren, entbehren, wie offiziös mitgeteilt wird, jeder Begründung“, aber erst die Abendnummer des 30. November vermerkt: „Prinz Wilhelm verweilte gestern längere Zeit im Finanzministerium“; also an diesem Tage hat er, wie es scheint, seine Tätigkeit dort aufgenommen. Am Abend des 12. Dezember 1887, eines Montags, schrieb die „Vossische Zeitung“: „Nach zuverlässigen Nachrichten“ — so meldet das WVB. vom Sonntag — „wurde der Reichskanzler gestern von einem Unwohlsein befallen. Dasselbe ist zwar nach kurzer Zeit gehoben, doch ist nach Anordnung des Arztes Ruhe und tunlichste Enthaltung von den Geschäften geboten.“ . . . „Wenn ein hiefiges Blatt das am Sonnabend eingetretene Unwohlsein als einen leichten Schlaganfall bezeichnet, so fehlt es dafür noch an anderweitiger Bestätigung. Bei Schluß der Redaktion meldet uns ein Drahtbericht des WVB. aus Hamburg: „Das bereits gehobene Unwohlsein des Reichskanzlers bestand in Darmkolik; es bedarf nur noch der Diät und der Ruhe.“ Die Abendausgabe des 13. Dezember berichtete: „Alle Nachrichten aus Friedrichsruh lauten übereinstimmend dahin, daß der körperliche Unfall, der den Reichskanzler am Sonnabend (10. Dezember) betroffen, überwunden ist. Allerdings soll das Unwohlsein neben kolikartigen Erscheinungen nach einer direkten Nachricht des „Hamburger Korrespondenten“ auch in einem Schwindelanfall bestanden haben, doch machte der Reichskanzler am Nachmittag desselben Tages schon wieder einen Spaziergang im Park.“ Weitere Nachrichten über ein Unwohlsein des Fürsten habe ich für den Dezember 1887 nicht gefunden; es ist also wohl so gut wie sicher, daß die Darmkolik am 10. Dezember den Anlaß zu dem in Berlin umlaufenden Gerücht von seinem Ableben und zu dem „peinlichen“ Gespräch gegeben hat, das Excellenz v. Scholz uns kürzlich mitteilte. Es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß Lucius v. Ballhausen dieses meinte, als er am 31. Dezember die angeführte Notiz in sein Tagebuch eintrug; damit läßt sich die briefliche Äußerung des Herrn Ministers a. D. v. Scholz sehr wohl vereinigen, „daß die in bezug genommenen Lucius'schen Mitteilungen über meine Unterhaltungen mit dem Prinzen nicht von mir herrührten und meines Erinnerns auch nicht zutreffend waren.“

Ist diese Feststellung nun nicht recht belanglos? Doch wohl nicht ganz!

In meiner soeben im Weidmannschen Verlage erschienenen Schrift „Bismarck's Sturz“ glaube ich auf Grund der großen Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes den Beweis geführt zu haben, daß es im Dezember 1887 nicht nur wegen der Teilnahme des Prinzen Wilhelm an der Waldersee-Stöcker-Versammlung, sondern auch wegen der österreichisch-russischen Kriegsgefahr zu einer starken Verstimmung zwischen dem Thronfolger und dem Kanzler gekommen ist. Prinz Wilhelm ist m. E. mit seiner Forderung des Präventivkrieges sachlich nicht im Recht gewesen, aber er glaubte es doch wenigstens zu sein, und seine Äußerungen zum Minister v. Scholz sind dann, am 10. Dezember, eher zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen. Zielen sie jedoch schon im Oktober, so ließen sie sich aus sachlichen Erwägungen heraus nicht herleiten; dann müßten sie schlechthin der Ausdruck des persönlichen Wunsches sein, selbst das

Steuer zu ergreifen; dann läge klar am Tage: Prinz Wilhelm wollte Bismarck beseitigen, um allein zu entscheiden. So deutet sie Herr v. Scholz; er schreibt: „Die Zeit hat das doch wohl als richtig erwiesen, was ich gefürchtet habe seit jenem Tage, seit jenem Gespräch! Es war mir auch nicht zweifelhaft, daß der Prinz in dieser Richtung bereits unselig beeinflusst war; von wem? Auch das erschien mir nicht sehr zweifelhaft — nur ganz gewiß nicht von seinem Großvater! Der war und blieb bis zum Tode ein treuer deutscher Herr seines treuen deutschen Dieners! Wie sie auch manchmal miteinander kämpfen mußten um entgegengesetzte Meinungen — nie aus Ehrgeiz!“ Erzellenz v. Scholz spielt hier wahrscheinlich auf den unheilvollen Einfluß des Grafen Waldersee auf den Prinzen an; es ist nicht ausgeschlossen, daß Waldersee ihn schon vor dem Dezember 1887 gegen den Kanzler aufgebracht und zu ihm gesagt hat, mit einem Bismarck an der Seite wäre Friedrich der Große niemals Friedrich der Große geworden, — „das Persönliche hat“, wie Geheimrat Marcks es einmal ausdrückte, „möglicherweise überhaupt den Ausgangspunkt, sicher den Endpunkt der Krise gebildet“ —, aber den Beweis, daß Prinz Wilhelm den Schöpfer des Deutschen Reiches nur aus persönlichem Ehrgeiz beseitigen wollte, hat Erzellenz v. Scholz noch nicht erbringen können, denn die peinlichen Aeußerungen wurden in einer Zeit getan, als Prinz Wilhelm neben Oesterreich auch das Deutsche Reich durch die russische Rüstungen aufs schwerste gefährdet glaubte. Daß ein zwingender Beweis einmal erbracht werden wird, liegt m. E. nicht außer dem Bereich der Möglichkeit; von der im Herbst zu erwartenden Publikation des Nachlasses des Grafen Waldersee werden wir ihn freilich wohl kaum erhoffen dürfen.

G. T. A. Hoffmann als Kammergerichtsrat. *)

Zum 100. Todestage.

Von Dr. A. Pehold.

Ernst Theodor Wilhelm (Amadeus) Hoffmann wurde am 24. Januar 1776 in Königsberg geboren. Aus einer Juristenfamilie stammend, studierte er dort seit 1792 die Rechte und wurde im Jahre 1795 Auskultator. Im folgenden Jahre, nach dem Tode seiner Mutter, ging er nach Glogau zu seinem Onkel Dörffer. Als dieser 1798 als Obertribunalsrat nach Berlin versetzt wurde, folgte er ihm. Im Juni 1798 trat er als Kammergerichtsreferendar in den Vorbereitungsdienst. Durch seinen Jugendfreund, den später durch den Aufruf „An Mein Volk“ bekannt gewordenen Theodor v. Hippel wurde er dem damaligen Chefpräsidenten Jehr. v. Schleinitz, dem Onkel v. Hippels, bestens empfohlen. Für die geistvollen Präsidenten Schleinitz und Kirchisen zeigte er begeistertes Ver-

*) Unter Benutzung von Holze, Geschichte des Kammergerichts, und Akten des Geh. Staatsarchivs in Berlin, insbesondere Rep. 77, XVII Gen. Bd. I und II.